**2. Rechtfertigung von Staatseingriffen**

Das **StabG** war Ausdruck von (keynsanischem, KRITIK: weitestgehend ungerechtfertigtem) Planungs-und Steuerungsoptimismus der Wirtschaftspolitik und ökonomischen Forschung der 60er Jahre.  
🡪 spielt **keine praktische Rolle mehr in der WiPo**, als Strukturierung von wirtschaftspolitischen Handlungsfeldern jedoch sehr nützlich / didaktischer Wert.

Begründung für Wirtschaftspolitik im weiteren Sinne

•Volkswirte versuchen Abläufe in der Volkswirtschaft zu erklären (positive Analyse), nicht jedoch diese zu bewerten (normative Analyse 🡪 demokratischer Prozess).

•Normative Aussagen ergeben sich aus positiver Analyse und Werturteilen. Die Bewertung obliegt den (Wirtschafts-)Politikern.

•Gegenstand der VWL ist die Frage, ob die Bewirtschaftung knapper gesellschaftlicher Ressourcen effizient vollzogen wird, NICHT, ob die die Bewirtschaftung einer bestimmten Form von Gerechtigkeit genügt.

VWL hat wenig zur normativen Fundierung beizutragen, sondern begrenzt sich auf die positive (faktengebundene) Analyse wirtschaftspolitischer Ziele (Festlegung Ist-Zustand, Festlegung Regulierungsziel, Auswahl von effizienten und effektiven Instrumente zur Erreichung des normativen Ziels

−Begründung für Wirtschaftspolitik im engeren Sinne

•VWL nimmt **gute Funktionsfähigkeit von freien Märkten** an, um Wirtschaftsprozesse zu ordnen und Wohlstand zu generieren.

•Staatseingriff also nur ökonomisch begründbar, wenn die Märkte in ihrer Funktionsfähigkeit beeinträchtigt sind und „Marktversagen“ (Kriterium: Pareto-Effizienz) zu diagnostizieren ist.

•**Marktversagen**: eine Situation, in der es einem sich selbst überlassenen Markt nicht gelingt, die Ressourcen optimal zuzuteilen, ineffiziente gesamtwirtschaftliche Allokation.  
🡪**Pareto-Effizienz**: „Keiner kann besser gestellt werden, ohne dass einer schlechter gestellt würde.“  
•Gründe für fehlende Pareto-Effizienz liegen im Marktversagen.

**Fünf Beispiele für Marktversagen und Staatseingriffe**:  
- **Öffentliche Güter**: Konsum ist nicht-ausschließbar (bzgl. Eigentumsrechte) und nicht rival (können simultan konsumiert werden). **Tragik der Allmende** führt zu Übernutzung (Bsp. Gemeinschaftswiese). Lösung: Nutzungsregulierung, bsp. Zugang zur Wiese

- **Externe Effekte**: Handlung zweier Marktteilnehmer hat eine Folge für einen dritten Marktteilnehmer, gegen die er sich nicht wehren kann. Der Marktpreis beinhaltet nicht die negativen/positiven Folgen der Handlung (Bsp. Chemie- und Fischereifabrik). Lösung: **Internalisierung der externen Kosten**: Gesetzliche Vorgaben sollen die realen Kosten der Handlung im Preis abbilden (durch Entschädigungszahlungen, Unternehmensfusion, staatliche Verbote)

- **Informationsasymmetrie**: Ein Teilnehmer kennt das Produkt und die damit verbundenen Konsumeigenschaften sehr gut, ein anderer nicht. Dieses Ungleichgewicht ermöglicht ungerechtfertigte Gewinne eines Marktteilnehmers (Arzt-Patienten Verhältnis). Lösung: Marktverzerrung kann durch **Ausgleich der Informationslage** aufgehoben werden (bspw. Regulierung der Pharmazie, Haftungspflicht für Ärzte)  
- **Natürliche Monopole**: Struktur des Marktes oder des Produkts ermöglicht praktisch nur einen Anbieter. Dieser Anbieter kann daher Monopolpreise verlangen, was zu ineffizienten Marktergebnissen führt (Beispiele: Eisenbahnnetz und Strommarkt). Lösung: Staatliche Bereitstellung durch Staatsunternehmen oder starke Regulierung der Preise für die Güter.  
- **(De-)Meritorische Güter**: Problem: zu geringer oder zu hoher Konsum bestimmter Güter aufgrund begrenzter Rationalität (Beispiele: Rauchen, Schulabbruch).

**Probleme von Staatseingriffen**:

Die Mehrzahl der dt. Ökonomen tendenziell interventionsskeptisch:

•Es ist jeweils zu fragen, ob der Markt funktionsfähig und ein Eingriff tatsächlich gerechtfertigt ist…

–Hat der Staat mehr (bessere) Informationen als die Marktakteure?

–Wie hoch sind Kosten und Nutzen der Behebung?

–Verändert der Staat substantiell Anreizstrukturen für alle Wirtschaftssubjekte?

•Politische Ökonomik von Staatseingriffen…

–Staat und Politik hat Interesse an der stetigen Ausweitung von Staatseingriffen

–Eigendynamik von Staatseingriffen (Interventionsspiralen)

–Symbolische Staatseingriffe zur Signalisierung von Aktivität für Wiederwahlen

–Gegenwartspräferenz der Politik zu Ungunsten langfristiger, stabilitätsorientierter Wirtschaftspolitik

–Oftmals Durchsetzung von Sonderinteressen von Interessengruppen im Rahmen von Staatseingriffen.